

ÖSTERREICH BEKOMMT MEHR UNTERNEHMERTUM, WENIGER BÜROKRATIE!



COMEBACK-PAKET FÜR TOURISMUS UND FREIZEITWIRTSCHAFT

Der Wirtschaftsstandort verdient Stabilität und Verlässlichkeit: In Zeiten großer Herausforderungen braucht es Pragmatismus und Seriosität beim Regieren. Die Wirtschaft ist und bleibt die Speerspitze für ein leistungsfreundliches und wettbewerbsbereites Österreich. Die Analyse des Regierungsprogramms zeigt: Ein Kurs der wirtschaftlichen Vernunft hat sich durchgesetzt. Das ist auch entscheidend für die rund 94.000 Betriebe in Tourismus und Freizeitwirtschaft, die direkt und indirekt für eine Wertschöpfung von enormen 14 Prozent des BIP sorgen und zusammen für insgesamt 678.300 Vollzeitarbeitsplätze im Land – das sind 16,6 Prozent aller Arbeitsplätze in Österreich - stehen.

Die Top 3-Erfolge für die Wirtschaft

Es ist gelungen, ein **Comeback-Paket für den Standort** zu schnüren, mit den Säulen: **Leistung, Wettbewerb** und **Bürokratieabbau**. Zudem wird das Unternehmertum gestärkt und der **Staat auf Fitnesskur** geschickt.

- 1 Ein **Leistungspaket für die Fleißigen**, damit die, die mehr leisten, belohnt werden.
- 2 Ein **wettbewerbsfreundliches Österreich**, damit Wachstum und Wohlstand gesichert werden und wir international wieder vorne mitspielen können.
- 3 **Mehr Unternehmertum und weniger Bürokratie**, damit Unternehmer wieder Unternehmer sein können.

Top-Erfolge für Tourismus und Freizeitwirtschaft



Tourismus

- ✓ **Zugang internationaler Arbeitskräfte erleichtern:** Im österreichischen Tourismus herrscht nicht nur ein Fachkräfte, sondern auch ein Arbeitskräfte- mangel, der sich durch die demographische Entwicklung noch verschärfen wird. Deshalb braucht es auch mehr Arbeitsmigration. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: Anhebung der **Saisonkontingente** auf 5.500. Zusätzlich ermöglicht Österreich auch den freien Arbeitsmarktzugang für 2.500 Personen pro Jahr aus den EU- Beitreitländern am Balkan, um weitere Potenziale zu erschließen. Die jeweiligen Verordnungen werden im September erlassen, um Betrieben und Saisonkräften Rechtssicherheit zu

gewähren. Weiters sind die Ausweitung der Mangelberufsliste sowie Vereinfachungen und Digitalisierung bei der Rot-Weiß-Rot-Karte vorgesehen.

- ✓ **Umfassende Tourismus-Strategie:** Der Tourismus ist für die österreichische Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Daher ist es notwendig, eine einheitliche, zukunftsorientierte Tourismusstrategie zu entwickeln, um den aktuellen Herausforderungen in diesem Bereich zu begegnen. Nur so kann der Erfolg der Tourismuswirtschaft auch in Zukunft gesichert werden.

- ✓ **Trinkgeldregelung:** Praxistaugliche Regelung der Trinkgeldpauschale/-regelungen. Derzeit sind die Erfassung und Besteuerung von Trinkgeld regional unterschiedlich geregelt. Das führt in manchen Bundesländern zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und Mehrbelastungen. Daher braucht es eine Evaluierung und praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen für die Trinkgeldpauschale (inkl. TRONC-Systeme).
- ✓ **Gewerbliche Tourismusförderung wird verstärkt und weiterentwickelt:** Tourismusbetriebe stehen laufend vor Investitionen, z.B. zur Produktentwicklung, Qualitätssteigerung der Services und Leistungen, zur Schaffung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur, Verbesserungen im Bereich Umweltschutz, der Sicherheit und Barrierefreiheit oder auch um Erfüllung von Anforderungen im Zuge von Betriebsübernahmen. Die gewerbliche Tourismusförderung soll daher als wichtiges Instrument ausgebaut werden.
- ✓ **Attraktive Beschäftigung: Sachbezugsregeln werden gelockert:** Mitarbeiterwohnungen und Kinderbetreuung sind Grundvoraussetzung, um attraktive Arbeitsbedingungen im Tourismus zu gewährleisten und geeignetes Personal für die Branche zu finden. Es ist daher notwendig, für diese Bereiche praxistaugliche Sachbezugsregelungen sicherzustellen.
- ✓ **Fokus auf Lehre & Ausbildung:** Lehre und Ausbildung sind essenziell zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses am touristischen Arbeitsmarkt. Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der touristischen Berufsbilder wird daher unter Einbeziehung der Sozialpartner vorangetrieben.
- ✓ **Privatzimmervermietung - Fairness für Tourismusbetriebe - gleiche Bedingungen für gleiche Tätigkeiten:** Oft werden die gleichen Tätigkeiten – auch in ähnlichem Umfang – sowohl von Gewerbetreibenden als auch von „Nicht-Gewerbetreibenden“ ausgeübt, so etwa bei der Zimmervermietung. Da mit dem Gewerberecht auch steuerrechtliche Vorschriften, Sozialversicherungspflicht, Bauordnungen, Raumordnungen und viele weitere gesetzliche Bestimmungen verknüpft sind, unterliegen Gewerbetreibende oft strengeren Regelungen als jene Leistungserbringer, die vom Anwendungsbereich der Gewerbeordnung ausgenommen sind. Das kann zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Es müssen daher gleiche Bedingungen für alle herrschen. Darum soll etwa ein Online-Register für Privatvermietung und ein Datenaustausch zwischen Buchungsplattformen und Behörden eingerichtet werden.
- ✓ **Freizeitwirtschaft:** Die Mautpflicht für Wohnmobile wird evaluiert. Die Mautpflicht für den Transport von Fahrgeschäften zu den Veranstaltungsorten wird gelockert. Weitere Klarstellungen zum Wochenendfahrverbot für Schausteller werden bereitgestellt, insbesondere zur Abholung durch Zugfahrzeuge.



Steuern & Finanzen

- ✓ **Bekenntnis zu steuerlich besser begünstigten Überstunden bzw. Zuschlägen:** Vom Brutto bleibt aktuell zu wenig netto, da das österreichische Steuersystem zu wenige Leistungsanreize bietet. Um Arbeitnehmer zu Mehrleistung zu motivieren, sollen daher attraktive Anreize gesetzt und Überstunden steuerlich bessergestellt werden. Für Unternehmen bringen Überstunden zusätzlich Flexibilität, die aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen notwendig ist.
- ✓ **Verbesserte steuerfreie Mitarbeiterprämie von bis zu 1.000 Euro ohne KV-Bindung:** Die Mitarbeiterprämie ist eine gute Möglichkeit, um Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg zu beteiligen. Die steuerfreie Mitarbeiterprämie steigert auch die Kaufkraft und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und ist damit eine Win-Win-Situation.
- ✓ **Arbeiten im Alter mit 25% endbesteuert inkl. Sozialversicherung:** Da die Babyboomer-Jahrgänge zunehmend das Pensionsalter erreichen und geburtenschwache Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten, wird sich der Arbeitskräftemangel verstärken. Wer das Regelpensionsalter erreicht hat und neben der Alterspension erwerbstätig ist, soll daher steuerlich entlastet werden, sodass sich der Zuverdienst mehr lohnt.
- ✓ **Belegerteilungspflicht bis 35 Euro wird abgeschafft, Vereinfachung der Kalte-Hände-Regelung, 15-Waren-Regelung im Dauerrecht:** Kassabons über Kleinbeträge werden vom Kunden oft nicht benötigt und erzeugen zusätzlich viel Müll. Bis zu 35 Euro muss ein Beleg zukünftig nur dann ausgestellt werden, wenn dies der Kunde ausdrücklich wünscht.

- ✓ **Anhebung des Gewinnfreibetrags:** ab 01.01.2027 wird der Grundfreibetrag von 15% bis 33.000 Euro auf 15% von 50.000 Euro dauerhaft angehoben. Dies trägt zur nachhaltigen Entlastung österreichischer Unternehmen und zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung bei. Besonders Einzelunternehmer und Personengesellschaften werden dadurch unterstützt.
- ✓ **Sonderabschreibungen / Evaluierung der Abschreibungsdauer:** Die derzeit geltenden gesetzlichen Abschreibungsdauer entspricht oft nicht der wirtschaftlichen Realität und wirkt investitionsfeindlich. In Zeiten des Wandels sollten die Abschreibungsmöglichkeiten für langfristige Investitionen möglichst attraktiv gestaltet werden, um die Transformation zu unterstützen. Abschreibungsdauern sollen daher verkürzt bzw. Sonderabschreibungen ermöglicht werden.
- ✓ **Anhebung der Freibeträge bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld:** Damit sich Arbeit wieder mehr lohnt, werden die Freibeträge bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld angehoben.
- ✓ **Erleichterung von Betriebsübergaben (Veräußerungsfreibetrag ab 2026 von 7.300 auf 45.000 Euro sowie Entfall des Berufsverbots):** Gelungene Betriebsübergaben sind ein wichtiger Standortfaktor. Das gilt insbesondere für ein Land wie Österreich, das stark von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt ist. Oft stellt das Steuerrecht ein Hindernis für Übergeber dar, weshalb hier Verbesserungen erfolgen. Weiters soll Bürokratie bei Betriebsübergaben abgebaut werden.
- ✓ **Bürokratieabbau auf EU-Ebene:** Die Bundesregierung setzt sich auf EU-Ebene für ein Screening und für die Aufhebung unverhältnismäßiger Regulierung und unverhältnismäßiger Berichtspflichten ein.
- ✓ **Fachkräfte- und Qualifizierungsstrategie:** Qualifizierte Mitarbeiter sind die Basis für eine erfolgreiche Wirtschaft. Um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, gilt es, das Fachkräftepotenzial im technologischen und ökologischen Wandel zu stärken. Eine Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive macht Ausbildungsplätze im industriellen Umfeld attraktiver und modernisiert die duale Ausbildung.
- ✓ **Lehre & Ausbildung:** Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der touristischen Berufsbilder wird unter Einbeziehung der Sozialpartner vorangetrieben. Das Image der Branche wird durch Qualitätssicherungsmaßnahmen gestärkt. Ein System zur regelmäßigen Überprüfung künftig befristet erteilter Feststellungsbescheide für Lehrbetriebe wird entwickelt. Die Lehrpläne der Tourismusschulen werden modernisiert (bspw. in Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Flexibilisierung).



Standort, Industriepolitik, Bürokratieabbau und Kapitalmarkt

- ✓ **Entbürokratisierung:** Bürokratieabbau ist eines der Top-Themen für unsere Wirtschaft. Mit einem umfassenden Entbürokratisierungspaket können sich die Wirtschaftstreibenden wieder auf ihre Haupttätigkeit konzentrieren. Dieses Paket enthält unter anderem: Entbürokratisierungsstelle zur transparenten Darstellung von Bürokratiekosten, Bürokratiebremse durch einen Deregulierungsbeauftragten, jährlicher Entbürokratisierungsbericht, Aus von Gold Plating, Grundsatz „Beraten statt strafen“ und Ausnahmeregelungen beispielsweise von der Pfandannahmepflicht. Keine neuen gesetzlichen Rauchverbote im Freien.

- ✓ **Energie und Netze**
- ✓ **Leistbare Energie und Senkung der Netzkosten:** Aufgrund des Ausbaus volatiler Erzeugungskapazitäten werden die Netzinvestitionen und damit die Netzkosten für die Verbraucher massiv ansteigen. Gleichzeitig sind die Strom-Großhandelspreise relativ hoch; signifikante Senkungen sind nicht zu erwarten. Das Gleiche gilt für die Preise von Gas. Daher braucht es bei allen Energiepreiskostenkomponenten Maßnahmen der Politik, um den Entwicklungen entgegenzuwirken.



Breitband & Genehmigungsverfahren

- ✓ **Einrichtung eines digitalen Tiefbauatlases zum optimalen Breitbandausbau:** Sowohl Unternehmen als auch private Haushalte brauchen eine zuverlässige und leistungsstarke Internetanbindung. Notwendig ist daher eine Evaluierung, wie der Breitbandausbau am effektivsten ausgebaut werden kann. Dabei soll vor allem auf einen dynamischen Wettbewerb zwischen Anbietern geachtet werden. Gemeinden sollen in den Ausbau eingebunden werden, um Synergien zu heben.

- ✓ **Genehmigungsbeschleunigung durch das UVP-Gesetz:** Nach der umfassenden Reform des UVP-Verfahrens durch die UVP-G-Novelle 2023 sind zur weiteren Ankurbelung von Investitionen und der Unterstützung der Energiewende weitere Verbesserungs- und Beschleunigungspotenziale durch eine Novelle zum UVP-G auszuschöpfen.
- ✓ **Verfahrensbeschleunigung - Betriebsanlagenrecht & Digitalisierung:** Im Betriebsanlagenrecht sind an mehreren Stellen praxistaugliche Maßnahmen erforderlich, um unsere Unternehmen zu entlasten und Bürokratie abzubauen. Das betrifft vor allem Genehmigungsfreistellungen, etwa im Bereich Photovoltaik.

Arbeitsmarkt

- ✓ **Qualifizierungsoffensive:** Um das vorhandene Arbeitskräftepotential bestmöglich zu nutzen, soll es eine Qualifizierungsoffensive mit Schwerpunkten in den Bereichen Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung geben. Darüber hinaus sollen bestehende Maßnahmen auf ihre Effizienz überprüft und die arbeitsplatznahe Qualifizierung ausgebaut werden.
- ✓ **Anreize für längeres Arbeiten:** In Österreich werden trotz gestiegener Beschäftigungszahlen nach wie vor weniger Stunden gearbeitet als vor der COVID-Pandemie. Es sollen daher Anreize gesetzt werden, die zu Mehrarbeit motivieren. Daher sollen u.a. die gestaffelten Arbeitslosenversicherungsbeiträge überdacht werden. Auch die geringfügige Beschäftigung soll weiterentwickelt werden.



Weitere wichtige Maßnahmen

- ✓ **Nostrifizierung von ausländischen Qualifikationen erleichtern:** Hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland dürfen nicht durch Bürokratie daran gehindert werden nach Österreich zu kommen. Nostrifizierungen müssen daher erleichtert werden, um auch im Ausland erworbene Ausbildungen leicht anzuerkennen.
- ✓ **Verpflichtendes 2. Kindergartenjahr:** Die emotionalen und sozialen Fähigkeiten eines Kindes im Alter von null bis sechs müssen in Österreich besser gefördert werden. Dazu gehört ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr.
- ✓ **Mautpflicht für Wohnmobile** wird evaluiert. Die Mautpflicht für den Transport von Fahrgeschäften zu Veranstaltungsorten wird gelockert. Zusätzliche Klarstellungen zum Wochenendfahrverbot für Schausteller werden bereitgestellt, insbesondere zur Abholung durch Zugfahrzeuge.